Der Landrat teilte mit, dass begründende Unterlagen zu den Anträgen auf Verdienstausfallersatz zum Teil erst sehr lange nach dem fristgerechten Antragseingang und nach Ablauf der Jahresfrist beim Kreistagsbüro vorgelegt worden seien. Deshalb solle insoweit eine entsprechende Klarstellung der bisherigen Beschlusslage im Hinblick auf eine zeitnahe und korrekte Bearbeitung der Anträge erfolgen.

Abg. Lehmann hielt es für problematisch, wenn ein Antrag recht spät innerhalb der Jahresfrist eingereicht werde, dann aber seitens der Verwaltung noch Nachfragen kämen und noch Unterlagen fehlten. Denn dann würde die Jahresfrist überschritten und der Antrag hinfällig.

Der Landrat erklärte zu Protokoll, dass wenn der Antrag mit allen Unterlagen vorliege, dies fristwährend ausreichend sei. Sollten sich aus den Unterlagen noch Rückfragen gegenüber dem Antragsteller ergeben, so führe dies nicht zu einer Verfristung des Antrags.